

Zunehmende Gefahr von rechts

Grüne präsentieren Lagebild zum Thema Rechtsextremismus in Bayern

ABGEORDNETE
Katharina Schulze, MdL
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
Sprecherin für Inneres, Sport und
Strategien gegen Rechtsextremismus

Bereits vor einem Jahr haben wir Landtags-Grüne die zunehmende Gefahr und Gewalttätigkeit der rechten Szene dokumentiert und entsprechende Gegenmaßnahmen gefordert. Der Blick auf die Zahlen von 2015, die aus den Antworten auf diverse Anfragen der Landtags-Grünen an die CSU-Regierung hervorgehen, zeigt: Das Problem hat sich weiter verschärft. Eine wirksame Strategie zur Bekämpfung von Rassismus und rechter Gewalt bleibt die CSU-Regierung jedoch auch weiterhin schuldig.

Anstieg der Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte ist besorgniserregend

Besonders besorgniserregend ist der erneut extreme Anstieg der gemeldeten Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte. Obwohl die Zahl der menschenverachtenden Attacken auf Einrichtungen für Schutzsuchende – im Vergleich zu den Vorjahren – bereits 2014 erschreckend hoch war, hat sie sich im vergangenen Jahr nochmal mehr als verdreifacht. Seit 2013 müssen wir gar fast eine Versechsfachung entsprechender Straftaten feststellen.¹

Jahr	Zahl der Angriffe
2003	3
2004	8
2005	4
2006	7
2007	1
2008	-
2009	2
2010	3
2011	2
2012	2
2013	13
2014	25
2015	77

¹ Vgl. Antwort Staatsregierung (3.3.16) auf Schriftl. Anfrage betreffend ‚Gewalt gegen Asylsuchende, Geduldete, Flüchtlinge, Menschen mit Abschiebeschutz und Migrantinnen und Migranten‘ vom 11.1.16

Aufklärungsquote eklatant niedrig

Die Aufklärungsquote nach Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte ist hingegen – insbesondere im Vergleich zur allgemeinen Aufklärungsquote in Bayern (72,5 Prozent, siehe Kriminalitätsstatistik 2015) – auch weiterhin sehr niedrig. So heißt es in der Antwort des Innenministeriums auf eine Schriftliche Anfrage: „In 65 der 77 Ermittlungsverfahren konnte (bisher) kein Tatverdächtiger ermittelt werden.“² 41 Verfahren seien nach Auskunft der CSU-Regierung bereits eingestellt worden, da kein Täter ermittelt (37 Fälle) bzw. ein Tatnachweis nicht mit der zur Anklageerhebung erforderlichen Sicherheit geführt werden konnte (4 Fälle).

In Folge der acht Brandanschläge, die im Jahr 2015 offiziell registriert wurden, konnte noch gar kein Täter ermittelt bzw. zur Verantwortung gezogen werden³:

Datum und Ort des Brandanschlags	Verfahrensstand
13.04.15 Hepberg	Einstellung des Verfahrens
16.07.15 Reichertshofen	Einstellung des Verfahrens
18.07.15 Waldaschaff	Einstellung des Verfahrens
21.08.15 Neustadt a.d. Waldnaab	Ermittlung dauert an
18.09.15 Bad Aibling	Einstellung des Verfahrens
22.10.15 Frontenhausen	Einstellung des Verfahrens
15.12.15 Stadtbergen	Ermittlung dauert an
27.12.15 Marktoberdorf	Ermittlung dauert an

Die Gesamtzahl „politisch motivierter Straftaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund“ ist ebenso massiv angestiegen. Bis kurz vor Jahresende 2015 wurden im Freistaat insgesamt 730 entsprechende Straftaten gezählt. 2014 waren es 481 und davor jeweils unter 300.⁴

Zunehmende Gewalttätigkeit der rechtsextremen Szene

Auch über die menschenverachtenden Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte hinaus belegen die offiziellen Zahlen einen deutlichen Anstieg der Straf- und Gewalttaten von rechts. So registrierte das Innenministerium 2015 2.293 rechtsextremistisch motivierte

² Vgl. Antwort Staatsregierung (3.3.16) auf Schriftl. Anfrage betreffend ‚Gewalt gegen Asylsuchende, Geduldete, Flüchtlinge, Menschen mit Abschiebeschutz und Migrantinnen und Migranten‘ vom 11.1.16

³ Ebd.

⁴ Nordbayern.de: „Zahl der fremdenfeindlichen Übergriffe steigt drastisch“, 30.12.15

Straftaten. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet das eine Zunahme um fast 20 Prozent, seit 2010 sogar um mehr als 50 Prozent.

Jahr	Zahl rechtsextremistisch motivierter Straftaten
2010	1.513
2011	1.566
2012	1.759
2013	1.677
2014	1.928
2015	2.293

Erschreckend ist dabei insbesondere die wachsende Brutalität, die sich an der Zahl der rechtsextremen Gewalttaten und der davon betroffenen Opfern ablesen lässt. Seit dem Jahr 2010 ist hier eine Zunahme um 57 bzw. 86 Prozent festzustellen⁵.

Jahr	Zahl rechtsextremistisch motivierter Gewaltdelikte
2010	58
2011	57
2012	65
2013	66
2014	66
2015	91

Jahr	Zahl der Opfer rechtsextremistisch motivierter Gewaltdelikte
2010	63
2011	74
2012	83
2013	105
2014	86
2015	117

⁵ Vgl. Antwort Staatsregierung (20.2.16) auf Schriftl. Anfrage betreffend ‚Rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten 2015‘ vom 7.1.16

Die Aufklärungsquote ist auch hier viel zu niedrig. Laut Angaben der CSU-Regierung wurden 2015 89 Ermittlungsverfahren wegen rechtsextremistisch motivierter Gewaltdelikte eingeleitet. Nur in 23 Fällen wurden bisher Anklagen bzw. Antragschriften erhoben bzw. Strafbefehlsanträge gestellt. Das sind gerade mal etwas mehr als ein Viertel der Verfahren (26 Prozent). In 65 Fällen wurde das Verfahren eingestellt (27 Fälle) bzw. wurden die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen (38 Fälle).⁶

Rechtsextrem motivierte Einschüchterungs- und Bedrohungsversuche nehmen deutlich zu

Grundsätzlich nehmen in Bayern Einschüchterungsversuche und Bedrohungen gegenüber all jenen Personen zu, die nicht in das menschenverachtende Schema der rechtsextremen Ideologie passen. Diese alarmierende Entwicklung lässt sich insbesondere an einem massiven Anstieg von als rechtsextrem motiviert eingestuften Delikten aus dem Bereich der sogenannten Hasskriminalität ablesen⁷. Allein im Vergleich zwischen 2014 und 2015 zeigt sich eine Zunahme der angezeigten bzw. gemeldeten Delikte um fast 50 Prozent. Seit 2012 hat sich die Zahl mehr als verdoppelt.⁸

Jahr	Zahl der Meldungen „Hasskriminalität“
2012	405
2013	375
2014	596
2015	886

Die offiziellen Zahlen des Innenministeriums zeigen auch, dass das Internet (d.h. E-Mails und Social-Media-Kanäle) bei rechtsextremen Bedrohungs- und Einschüchterungsversuchen eine immer größere Rolle spielt. Hier hat sich die Zahl der Meldungen von „Hasskriminalität“ allein im vergangenen Jahr mehr als verdoppelt. Seit 2012 zeigt sich eine Verfünffachung der Fälle.⁹

⁶ Vgl. Antwort Staatsregierung (20.2.16) auf Schriftl. Anfrage betreffend ‚Rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten 2015‘ vom 7.1.16

⁷ Das Themenfeld „Hasskriminalität“ umfasst politisch motivierte Straftaten, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen eine Person wegen deren Nationalität, Volkszugehörigkeit, Hautfarbe, Religion, Herkunft, äußeren Erscheinungsbildes, Behinderung, sexuellen Orientierung oder gesellschaftlichen Status verübt wurde und die Tathandlung damit im Kausalzusammenhang steht bzw. sich in diesem Zusammenhang gegen eine Institution/Sache oder ein Objekt richtet.

⁸ Vgl. Antwort Staatsregierung (3.3.16) auf Schriftl. Anfrage betreffend ‚Rechtsextrem motivierte Volksverhetzung und "Hassmails"‘ vom 7.1.16

⁹ Ebd.

Jahr	Zahl der Meldungen „Hasskriminalität“ (Tatmittel „Internet“)
2012	53
2013	48
2014	105
2015	251

Rechtsterroristische Bedrohung und untergetauchte Neonazis

Die zunehmende Gewaltbereitschaft der rechten Szene offenbart sich zudem in den rechtsterroristischen Bestrebungen, die im vergangenen Jahr ans Licht kamen. So wurden erst im Oktober 2015 konkrete Anschlagpläne einer rechtsextremen Gruppe aus Ober- und Mittelfranken – insbesondere aus Bamberg – bekannt.¹⁰ Bereits im Frühjahr sorgte der Schlag der Sicherheitsbehörden gegen die sog. „Oldschool Society“ für Aufsehen, gegen die die Bundesanwaltschaft mittlerweile u.a. wegen der Bildung einer terroristischen Vereinigung vor dem Oberlandesgericht München Anklage erhoben hat.¹¹ Und auch das Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft gegen ein Vorstandsmitglied von PEGIDA München e.V., Heinz M., wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung erregt Besorgnis vor einer neuen rechten Terrorgruppe.

Vor diesem Hintergrund ist es umso beunruhigender, dass sich in Bayern – laut Antwort des Innenministeriums auf eine Schriftliche Anfrage – aktuell 67 mit Haftbefehl gesuchte Neonazis der Festnahme entziehen, darunter ein seit 2011 gesuchter mutmaßlicher Mörder und andere schwerste Gewalttäter.¹² Auch diese Zahl ist im vergangenen Jahr noch einmal deutlich angestiegen (von 53 auf 67). Die untergetauchten Neonazis führen ein Halbwelt-Dasein und stellen eine ernstzunehmende Gefahr für Bayern dar. Das wissen wir spätestens seit der Selbstenttarnung des „NSU“.

Rassistische Stimmungsmache und rechtsextreme Netzwerke

Die fortschreitende Radikalisierung der rechten Szene in Bayern steht im engen Zusammenhang mit der rassistischen Stimmungsmache durch die diversen PEGIDA-Ableger und die Hetze der AfD. Die regelmäßige Teilnahme bekannter rechtsextremer Gruppierungen (u.a. „Die Rechte“, „Der III. Weg“, NPD) und verurteilter Rechtsterroristen an den PEGIDA-Aufmärschen verdeutlicht deren ideologische Nähe zuei-

¹⁰ BR: „Rückführungszentrum offenbar Anschlagziel“, 23.10.15

¹¹ SZ: „Bundesanwaltschaft klagt rechte Terrorgruppe "Oldschool Society" an“, 13.1.16

¹² Vgl. Antwort Staatsregierung (3.3.16) auf Schriftl. Anfrage betreffend ‚Untergetauchte Neonazis‘ vom 7.1.16

ander.¹³ Darüber hinaus sind die rassistischen Kundgebungen selbst oft Tatorte rechtsextremistisch motivierter Straf- und Gewaltdelikte. So wurden, laut Innenministerium, allein beim Polizeipräsidium München in der Zeit vom 1.1.15 bis 19.10.15 30 Straftaten durch Versammlungsteilnehmer von PEGIDA (vorher BAGIDA) registriert. Darunter finden sich neben diversen Propaganda- und Volksverhetzungsdelikten insgesamt auch neun Fälle von Körperverletzungen.¹⁴

Im ideologischen Fahrwasser von PEGIDA werden schwerste Straftaten begangen und gleichzeitig wird die Bildung rechtsterroristischer Gruppen begünstigt. Beispielhaft wurde diese Entwicklung durch eine Schriftliche Anfrage der Landtags-Grünen zu den Bamberger Anschlagplänen ans Licht gebracht. Ein rechtsextremes Netzwerk erstreckt sich demnach von den diversen PEGIDA-Ablegern über organisierte rechtsextreme Gruppen, Kameradschaften und Hooligans bis hin zu rechten Terrorzellen. Konkret hatten die mutmaßlichen Planer von zwei Anschlägen Kontakte zu NÜGIDA, PEGIDA München, PEGIDA Nürnberg und WÜGIDA/PEGIDA Franken sowie zur Gruppe „Der III. Weg“ und in das mittlerweile verbotene Kameradschaftsnetzwerk „Freies Netz Süd“. In die rechtsextreme Gruppierung „Die Rechte“ sind sie an maßgeblichen Positionen organisatorisch eingebunden.¹⁵ Die Übergänge zwischen PEGIDA, Kameradschaften und Rechtsterroristen sind also ganz offensichtlich fließend.

Ebenso fließend sind die Übergänge zwischen dem völkisch-national ausgerichteten Landesverband der AfD und der rechtsextremen Szene. Überschneidungen zeigen sich neben der Programmatik vor allem bei ihren Veranstaltungen (z.B. den sogenannten "Herbstoffensive"-Märschen) oder in maßgeblichen Parteifunktionen (z.B. Benjamin Nolte, Mitglied in rechtsextremer Burschenschaft Danubia). Bayerische Parteifunktionäre treten mit völkisch-rassistischen Ideen oder geschichtsrevisionistischen Äußerungen in Erscheinung (z.B. Thomas Fügner, Martin Sichert). Auch die parteiinterne Rechtsaußen-Organisation ‚Patriotische Plattform‘ konnte innerhalb des bayerischen Landesverbands besonders gut gedeihen.

Rassismus beginnt im Kopf

Der enge Zusammenhang zwischen rassistischer Stimmungsmache, Hetze und Gewalt zeigt, dass unsere Demokratie nicht erst dann gefährdet ist, wenn Gewalttaten von Neonazis öffentliches Aufsehen erregen. Auch rechtsextreme Einstellungen in der sogenannten Mitte der Gesellschaft gefährden das demokratische Klima und bilden den Nährboden für rechte Gewalt. Dass diese Einsicht im Regierungshandeln fehlt,

¹³ Vgl. Antwort Staatsregierung (23.11.15) auf Schriftl. Anfrage betreffend ‚Rechtsextreme Prägung von PEGIDA München‘ vom 9.10.15

¹⁴ Vgl. Ebd.

¹⁵ vgl. Antwort Staatsregierung (15.1.16) betreffend ‚Razzia gegen rechtsterroristische Gruppen in Ober- und Mittelfranken: Verbindungen zur rechten Szene‘ vom 29.10.15

zeigt nicht zuletzt die beschwichtigende Reaktion von CSU-Innenminister Herrmann auf die erschreckenden Zahlen der 2014 veröffentlichten Leipziger „Mitte-Studie“ zur Verbreitung von ausländerfeindlichen und antisemitischen Einstellungen in Bayern.

Das fehlende Problembewusstsein der CSU-Regierung hat ganz maßgeblich dazu beigetragen, dass sich rechtsextreme Einstellungen in Bayern verfestigen konnten. Damit muss endlich Schluss sein.

CSU-Regierung bleibt Reaktion auf zunehmende Gewaltbereitschaft von rechts schuldig

Seit vielen Jahren warnen wir Landtags-Grüne gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Initiativen und wissenschaftlichen ExpertInnen vor einem zunehmend selbstbewussten und gewalttätigen Auftreten der rechtsextremen Szene. Die CSU-Regierung hat es bis heute versäumt, die richtigen Konsequenzen daraus zu ziehen.

Auch im vergangenen Jahr hat die CSU-Fraktion – trotz der dramatischen Entwicklung – die Umsetzung unserer Forderungen zur Intensivierung der Maßnahmen gegen Rassismus und rechte Gewalt wiederholt verhindert. Abgelehnt wurden unter anderem:

- der grüne Dringlichkeitsantrag „Das Problem heißt Rassismus! Menschen vor rassistischer Hetze und rechter Gewalt schützen“ vom 15.03.16 (Drs. 17/10508),
- der grüne Dringlichkeitsantrag „Rechtsextremismus und Rassismus entschieden entgegnet!“ vom 27.10.15 (Drs. 17/8683) und
- der grüne Haushaltsantrag „Zivilgesellschaft stärken – Rechtsextremismus bekämpfen“ vom 21.10.15 (Drs. 17/8562).

Selbst eine von SPD und Grünen gemeinsam beantragte Expertenanhörung zur Weiterentwicklung des Bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus (Drs. 17/7133) wollte die CSU-Fraktion verhindern. Den Ernst der Lage hat sie ganz offensichtlich noch immer nicht erkannt.

Wir brauchen in Bayern endlich ein konsequentes, geschlossenes und ressortübergreifendes Vorgehen gegen die Bedrohung, die rechtsextreme und rassistische Tendenzen insbesondere für Minderheiten und politische Gegner, aber damit auch für unsere Demokratie als Ganzes darstellen.

Insbesondere die Arbeit der vielen zivilgesellschaftlichen Initiativen (z.B. a.i.d.a.), die oftmals einen deutlich besseren Einblick in die Strukturen der rechten Szene haben als die CSU-Regierung, gilt es endlich angemessen zu würdigen und unterstützen.

Grüne Forderungen

Konkret fordern wir von der CSU-Regierung im Bereich der Sicherheitspolitik,

- die Bekämpfung des wachsenden Rechtsextremismus mit zur obersten Priorität der bayerischen Sicherheitsbehörden zu machen.
- im Rahmen einer Aufgabenkritik die Ressourcen der Polizei dementsprechend neu zu verteilen.
- den Ermittlungs- und Fahndungsdruck auf die rechte Szene weiter zu erhöhen, um damit die bereits begangenen Taten schneller aufzuklären und potenzielle Nachahmer abzuschrecken.
- entschieden gegen Hetze und Gewaltandrohung vorzugehen – insbesondere in den sozialen Medien.
- alle ihr möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um ein Verbot der neonazistischen Gruppierungen „Die Rechte“ und „Der III. Weg“ zu initiieren.
- landesweite Notfallpläne zum Schutz von bedrohten Einrichtungen, insbesondere von Flüchtlingsunterkünften, zu erarbeiten.
- bei der Vergabe von Aufträgen an private Sicherheitsdienste in Flüchtlingsunterkünften klare Vorgaben zur Qualifizierung des Personals und zur Einhaltung von umfangreichen Qualitätsstandards zu erstellen.

Darüber hinaus fordern wir die CSU-Regierung in den anderen Politikfeldern auf,

- die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus als Querschnittsaufgabe zu verstehen und ein entsprechendes Konzept ressortübergreifend zu formulieren und umzusetzen.
- eine „Koordinierungsstelle Demokratie“ einzurichten; sie soll das Verwaltungshandeln für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Rassismus sowie weitere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit über alle Ebenen hinweg koordinieren. Die Stelle soll zudem die Verwaltung mit der Zivilgesellschaft vernetzen.
- das bayerische Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus – unter Einbeziehung von Wissenschaft und Zivilgesellschaft – zu evaluieren und weiterzuentwickeln.
- die Präventions- und Bildungsmaßnahmen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und allen weiteren Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit deutlich zu intensivieren.
- insbesondere die Angebote zur schulischen und außerschulischen Demokratiebildung zu stärken.
- ein Förder- und Aktionsprogramm zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen aufzulegen, die sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus oder andere Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit engagieren.

- eine eigenständige Opferberatung für Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt einzurichten.
- eine weisungsunabhängige Bayerische Antidiskriminierungsstelle – nach dem Vorbild der Antidiskriminierungsstelle des Bundes – einzurichten.
- eine unabhängige Kommission zur Überprüfung von Tötungsdelikten und -versuchen mit einem möglichen rechtsextremistischen oder rassistischen Tathintergrund (sogenannte „Altfälle“) einzusetzen.
- eine Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Konsequenzen aus der NSU-Mordserie einzusetzen.

München, 13.04.2016

*Katharina Schulze, MdL, Sprecherin für Innenpolitik und
Strategien gegen Rechtsextremismus*